Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 21 (1941-1942)
Heft: 10

Artikel: Und was dann? [Schluss]
Autor: Spectator
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-334297

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

hat sich schon vor dem Krieg mehr und mehr aus einem Herrschaftsverband in einen *Commonwealth*, in eine föderative Gemeinschaft freier Völker umzubilden begonnen. Der Krieg hat diese Entwicklung beschleunigt. Vor allem Indien wird ohne jeden Zweifel — einen entsprechenden Ausgang des Krieges vorausgesetzt — seine Unabhängigkeit gewinnen; aber auch die vorderasiatische Welt wird aus imperialistischer Abhängigkeit zur Selbstregierung aufsteigen, und erst recht wird die afrikanische Kolonialausbeutung ihr Ende finden müssen. Der Kapitalismus hat das britische Weltreich geschaffen. Jeder neue Abschnitt in der Entfaltung des Kapitalismus hat auch dem Britischen Reich ein anderes Gesicht gegeben. Seine Zukunft ist mit der ferneren Gestaltung des Schicksals von Kapitalismus und Imperialismus aufs engste verbunden — eines Schicksals, auf dessen Ablauf die angelsächsischen Völker selbst einen entscheidenden Einfluß zu nehmen vermögen.

Und was dann?

Von Spectator

(Schluß)

Seine Ansicht faßt der stellvertretende Staatssekretär Berle Jr. in folgenden

Richtlinien

zusammen:

Alle Rüstungsindustrien sollten einen Untersuchungsstab haben, der Pläne zur Herstellung von Friedensgütern ausarbeitet.

Eine Konferenz sollte einberufen werden, die eine Zusammenstellung dieser Pläne vornimmt und ein Verzeichnis all der Produkte anlegt, die bei Kriegsende verfügbar sind.

Das Verzeichnis sollte mit den Wiederaufbaubedürfnissen des Landes in Übereinstimmung gebracht werden.

Solche Bedürfnisse sind:

Umsiedlung und Modernisierung von Stadtgebieten;

Neubehausung für mehrere Millionen Familien;

eine beträchtliche Zahl öffentlicher Arbeiten;

Ernährung, die nach Art und Qualität geeignet ist, die Volksgesundheit zu sichern.

Diese Bedürfnisse stellen potentielle Märkte dar. Außer diesen und ähnlichen sollten noch ausreichend Märkte geschaffen werden, um die volle Nutzbarmachung unserer Werkbetriebe und die volle Beschäftigung unseres Volkes herbeizuführen.

Finanzierung ist ein technisches Problem wie das Ingenieurwesen. Wir können uns alles leisten, wozu wir Rohstoffe, Arbeitskräfte und vernünftigen Bedarf haben. Eine mit gesundem Menschenverstand vorgenommene Umstellung der Kriegsfinanzierung auf Friedensfinanzierung wird die Errichtung von Märkten im notwendigen Ausmaß erlauben.

III.

Und was dann?

Die wesentlichen Fundamente, auf denen der stellvertretende Minister Berle seinen Plan für die Nachkriegswirtschaft aufbaut, stammen aus der Gedanken- und Erkenntniswelt des *Sozialismus*. Planwirtschaft gehört an sich schon dazu; und was Berle vorschlägt, ist mindestens ein Stück Planwirtschaft. Aber auch die Anerkennung der *Arbeit* als *des* wertschaffenden Faktors, der *Finanzierung* als nur eines Hilfsmittels, vergleichbar etwa dem Transmissionsriemen an einer Maschine, die Bestätigung der vielgeschmähten *Kaufkrafttheorie* von seiten eines führenden Regierungsmannes — all das bedeutet etwas; und es bedeutet vielleicht noch mehr, daß er diese Gedanken so unbefangen der amerikanischen Geschäftswelt vortragen darf. Dem kritischen Blick bleibt es dann freilich nicht verborgen, daß Mr. Berle sich die Lösung eines sehr weittragenden Problems wohl allzu leicht gemacht hat. Für die Finanzierung der Märkte, so hat er im wesentlichen entschieden, mag der Staat sorgen, die Produktion bleibt dem privaten Unternehmertum überlassen. Berle stellt dabei auf die Heilwirkung der Konkurrenz ab, welche die «Privatinitiative» fördert; ihm steht offensichtlich das manchesterliche Dogma von der «Auslese der Tüchtigen» und dem «harmonischen Ausgleich der Interessen» vor Augen. Aber solche Vorstellungen decken sich ja längst nicht mehr mit der Wirklichkeit, die wir, um uns in Kürze verständlich zu machen, als die Epoche des *Monopolkapitalismus* bezeichnen dürfen. Hier klafft entschieden eine Lücke in dem so interessanten Vorschlag Berles. Sie wird bis zu einem gewissen Grad ausgefüllt durch den eingangs schon erwähnten Artikel des Chefredakteurs des «Economist», Geoffrey Crowther. Der Aufsatz trägt den Titel «Wohin geht's von hier aus?» und schneidet sofort das im wörtlichen Sinn weltbewegende

Problem der wirtschaftlichen Demokratie

an. Doch was *ist* wirtschaftliche Demokratie, was ist ihr «Glaubensbekenntnis»? Was *politische* Demokratie ist, wissen wir — vielleicht eher instinktmäßig als begriffsmäßig, wie Crowther bemerkt. Man denkt natürlich zuerst an die Rechte und Freiheiten, welche die politische Demokratie zusichert. Doch ist das Regierungssystem, das wir als politische Demokratie kennen, fundamental «ein Ausgleich (balance) zwischen Freiheit *und* Ordnung». Keineswegs *nur* Freiheit, sondern auch *Zwang* und *Verpflichtung*. Die Pflicht, Steuern zu zahlen, Militärdienst zu leisten u. ä. wird in der Demokratie genau so streng gefordert wie in einem Diktatursystem. Überträgt man die Parallele auf die wirtschaftliche Demokratie, so ist die Aufgabe, auch hier den Ausgleich zwischen Freiheit und Ordnung zu finden. Wobei man sehr wohl zwischen «Ausgleich» (Balance) und «Mischung» zu unterscheiden hat.

Der entscheidende Prüfstein, den jede Wählerschaft an ein Wirtschaftssystem anlegen wird, ist, ob es Massenarbeitslosigkeit vermeidet oder nicht. Danach beurteilt, schneidet das «Mischsystem», das heute in den meisten

Demokratien geübt wird, nicht sehr gut ab. Ein Ausgleichsystem zwischen Freiheit und Ordnung dagegen müßte, so meint Crowther, ein wesentlich besseres Resultat ergeben.

Die Forderung nach dem Ordnungsprinzip

gewinnt ihre wesentliche Triebkraft aus dem humanitären Wunsch, den sozialen Ungleichheiten abzuhelfen, die anscheinend eine so betrübliche Wirkung der freien Wirtschaft darstellen. Armut innerhalb einer reichen Gesellschaft, Hunger, während die Scheunen gefüllt sind, erzwungene Untätigkeit, während eine Menge unvollendeter Arbeit wartet, rufen dem ordnenden Eingriff.

> «Es folgt daraus, daß der eigentliche Wirkungskreis der Ordnung sich auf all das erstreckt, was notwendig ist, um jeden Bürger einer Demokratie mit allem Wesentlichen zur Führung eines menschenwürdigen Lebens zu versehen.»

Der Charte der politischen Bürgerrechte sollte demgemäß eine *Charte der wirtschaftlichen Bürgerrechte* entsprechen.

> «Der Bürger einer Demokratie sollte Rechtsgarantie auf die für die Erhaltung seiner Gesundheit ausreichende Nahrung haben. Ein Mindestmaß an Behausung, Bekleidung und Feuerung sollte ihm zugesichert sein. Volle und gleiche Erziehungsmöglichkeit sollte ihm gewährt sein. Er sollte Mußezeit haben und Möglichkeiten, sie auch zu genießen. Er sollte gegen die Risiken der Erwerbslosigkeit, Krankheit und des Alters versichert sein. Vor allem dürfte es unter keinen Umständen erlaubt sein, daß das Vorhandensein von Kindern für die Eltern Verelendung, für die Kinder Entbehrung und für alle Armut mit sich bringt. Alle diese Dinge sind dem Einzelnen als seine Bürgerrechte zugehörig (inhärent).»

Von dieser Charte sozialer Rechte und sozialer Sicherung ausgehend, kommt Crowther, die Ernährungswirtschaft (in ihrer Gesamtheit) als Beispiel nehmend, zu dem Schluß, daß bei diesem Wirtschaftszweig das Profitmotiv ausgeschaltet werden könne und müsse. Seitdem die Ernährungsfrage in England durch den Krieg akut geworden ist, hat man das Prinzip sehr schnell begriffen.

> «In Großbritannien wird den Bauern heute vorgeschrieben, was sie anzupflanzen haben, und Regierungsgelder werden eingesetzt, um zu verhindern, daß sie durch Nachachtung der Vorschriften zu Schaden kommen.»

Auch den Nahrungsmittelimport hat die Regierung in die Hand genommen; sie ist auf dem Gebiet des gesamten Ernährungswesens Käufer und Verkäufer zugleich. Sie verkauft die Nahrungsmittel dem Volk, einzelne Artikel mit Nutzen, andere mit Verlust, einige zu verschiedenen Preisen für die Reichen und die Armen. Wenn man daran denkt, daß auch in Friedenszeiten die Regierungen in aller Welt in das «freie Spiel» des Profitmotivs auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft eingegriffen haben, daß es kaum ein Land in der Welt gibt, wo die Bauern nicht unterstützt werden, wo ihnen also ein höherer Preis aus Regierungsgeldern gezahlt wird, als sie ihn auf dem Markt erzielen könnten, so kommt man, meint Crowther, um die Frage nicht herum, warum man hier das unbefriedigende und dauernd durchbrochene Profitmotiv nicht ganz durch sein Gegenstück, das Sozialmotiv, ersetzen soll.

«Warum nicht offen anerkennen, daß die Ernährung des Volkes bei weitem das wichtigste Element wirtschaftlicher Tätigkeit ist und daß die Regierung dafür die Verantwortung übernehmen muß?»

IV.

Mit dem Gedanken einer bewußten, zweckmäßigen Organisation ist man bereits über die «*bloße Glorifizierung der sozialen Sicherung*» hinausgeschritten. Diese darf nicht den Charakter einer Wohltätigkeitsinstitution bekommen, wie es heute bei den meisten Einrichtungen der Sozialhilfe der Fall ist. Hier wäre, meint Crowther, etwas von den Kommunisten und den Nazi zu lernen, die beide sich in der Beziehung «als bessere Demokraten denn wir» erwiesen hätten. Mit abgestufter Einkommensteuer ist die zweite Hälfte der kommunistischen Devise «Jedem nach seinen Bedürfnissen, jeder nach seinen Fähigkeiten» bei weitem nicht erfüllt. In seiner Beziehung zur Gemeinschaft ist kein normaler Mensch gern nur der «empfangende Teil». Mit Recht bemerkt Crowther, daß die Nazi gerade diese psychologische Tatsache aufs geschickteste ausgebeutet haben. Sie sind nicht zuletzt dadurch groß geworden, daß sie

Dienst und Opfer für eine Gemeinschaft

verlangt haben. *Dazu* wird in den Demokratien nur in Kriegszeiten gegriffen. Und Crowther erinnert daran, daß in England die Bürger die Regierung nicht kritisiert haben, daß sie zuviel, sondern daß sie *zuwenig* Dienste verlangt haben. So kommt Crowther zum Vorschlag der *Arbeitsdienstpflicht*. Der «Bill of Rights», der Urkunde der Rechte, hat eine «Bill of Duties», eine Urkunde der Pflichten, zu entsprechen.

> «Die Rechte könnten dahin verallgemeinert werden, daß jedem Bürger das zur Führung eines menschenwürdigen Lebens Wesentliche garantiert wird. Die Pflichten könnten dahin verallgemeinert werden, daß jeder Bürger der Gemeinschaft, sagen wir, ein Jahr seines Lebens und zwei Wochen jeden (weiteren) Lebensjahres schuldet.»

Das wäre also im großen und ganzen der *eine*, der durch das *Sozialmotiv* bestimmte Teil der Wirtschaft. Soweit Privatwirtschaft in diesem Sektor erhalten bleibt, hat sie sich natürlich den durch das Sozialmotiv bestimmten Zielen und Vorschriften unterzuordnen. Dagegen bleibt in der *anderen* Hälfte der nationalen Wirtschaft

das Profitmotiv

der Hauptquell der wirtschaftlichen Tätigkeit. Natürlich muß die Regierung als Treuhänder der Gemeinschaft über diesen Sektor eine Aufsicht ausüben, um die Rechte der Arbeiterschaft zu schützen, Vorkehrungen gegen Betrug zu treffen, die öffentliche Gesundheit zu fördern, Exzesse zu verhüten. Aber die Regierung einer Demokratie soll für absehbare Zeit nicht die Initiative und Verantwortung für die Fabrikation von Automobilen, Frauenmoden, für die Herausgabe von Zeitungen, Herstellung von Filmen oder für Schönheits- und Gesichtspflege und ähnliche Dinge übernehmen. Das soll den «freien Einzelnen» überlassen bleiben. Da sie

aber kein Geld verlieren wollen, aber auch nicht die Macht haben, Steuern zu erheben oder unbegrenzte Möglichkeit, Kredit zu schöpfen, so können und werden sie einzig auf das Profitmotiv reagieren.

So wäre also zwischen den beiden Sphären der wirtschaftlichen Tätigkeit nach Crowther die notwendige säuberliche Trennung vorgenommen, und es käme weiter darauf an, jede von *den* Kräften zu befreien, die sie bis jetzt an freier Entfaltung gehindert hätten. «Fort mit den Bremsen», müsse das Schlagwort für jede Gemeinschaft sein, «welche die volle Frucht ihrer (wirtschaftlichen) Möglichkeiten zur Reife bringen möchte.» Mußte vorher an die *Rechte* appelliert werden, ihre Vorurteile aufzugeben, so sei nunmehr

der Appell an die Linke

zu richten. Mr. Crowther unternimmt es also, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß das «Ernten von Profit, alles in allem, ein lobenswürdiges und wohltätiges Beginnen» sei. Abgekürzt ist sein Gedankengang so: Hauptaufgabe ist die Vermeidung von chronischer Arbeitslosigkeit. Also muß die «Privatinitiative» da einspringen, wo die Regierung die Initiative nicht übernehmen kann oder will. Das tut jene natürlich nur, wenn Aussicht auf Gewinn besteht. Oder wenigstens auf «Vermeidung von Verlust». Crowther weist darauf hin, daß bestehende Unternehmungen auch bei geringem Profit, ja sogar bei Verlust, weiterarbeiten. Ausgleich und Gleichgewicht der Wirtschaft hängt aber davon ab, daß die Ersparnisse des Publikums in regelmäßigem Fluß in *neue* Kapitalausrüstung gesteckt werden. Je schwieriger jedoch Profite aus den *vorhandenen* Investierungen zu ziehen sind, um so größer wird das Verlustrisiko bei *Neu*investierungen sein, um so geringer die Lust zur Neuanlage. Die Folge davon: Arbeitslosigkeit.

In seinem Plädoyer für den *Profit* macht Mr. Crowther nun aber einen Unterschied zwischen *diesem* selbst und dem Profit*macher*.

> «Es ist ein höchst wichtiger Unterschied», sagt er, «zwischen der Verhinderung des Entstehens großer Einkommen durch *Abwürgen* des Profits und seiner *Wegsteuerung*, wenn er aufgekommen ist.»

Durch die erste Methode zerstört man den Antrieb, den Unternehmungsgeist, weil das Verlustrisiko von vornherein zu stark erhöht wird, während auf die andere Weise, nämlich durch die hohe Besteuerung reicher Individuen, die «Belohnung für das Unternehmen» zwar vermindert, nicht aber der Antrieb dazu vernichtet wird. Denn an sich, sagt Crowther, ist das Ziel einer Demokratie, grobe Ungleichheit an Geld und Gut zu beseitigen, durchaus berechtigt. Aber die Dinge liegen nach ihm heute so, daß das Profitmotiv der Unterstützung bedarf. Statt dessen ist das Einkommen aus Konkurrenzprofiten von allen Seiten

unter Druck gesetzt

worden. Einmal von der *Arbeiterschaft* in den demokratischen Ländern, und zwar mit mehr oder weniger Unterstützung oder Billigung der Regierungen. (Wozu unsereiner natürlich eher ein Fragezeichen setzen wird.)

Die *dritte Attacke* auf konkurrenzierende Unternehmungen — dies dünkt uns der wichtigste Punkt — kommt nach Crowther von «Monopolen, Kartellen, Trusts, Ringen, Interessengemeinschaften, Handelsgesellschaften und anderen wohlklingenden Namen (euphemismes) für die Einengung des Handels». Es könne nicht stark genug betont werden, daß «Profite, die auf diese Weise erzielt worden sind, nicht *die* Profite sind, mit denen wir uns hier beschäftigen». Der Schluß, den Crowther zieht, liegt auf der Hand: Beseitigung solcher Hindernisse, Wiederherstellung der «vollen, rücksichtslosen Konkurrenz» in dem «freien Sektor» der Wirtschaft, der Konkurrenz, die «untrennbar verbunden ist mit raschem Fortschritt». Durch Zusammenspannen von Freiheit und Ordnung, von *privatem Unternehmertum* und *kooperativer Kollektivität* «jedes auf seiner eigenen Seite der Deichsel» glaubt Crowther diesen erwünschten Zustand erreichen zu können.

> «Mit einem wirtschaftlichen System ist's wie mit einem Einzelmenschen: nur wenn für die Grundbedürfnisse gesorgt ist und die stärksten Ängste beseitigt sind, kann der menschliche Geist seine Kräfte voll entfalten. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, so gibt es keine Grenzen für das Neuland, welches das Genie des freien Menschen erobern kann.»

Es wäre «die Höhe der Anmaßung», so betont Mr. Crowther zum Schluß, behaupten zu wollen, daß mit den wenigen Abschnitten seines Artikels das Problem etwa gelöst oder auch nur in allen seinen Aspekten berührt worden wäre. Wohl aber glaubt er, den

Weg aus dem gegenwärtigen Dilemma

gezeigt zu haben.

> «Es gibt gegenwärtig keine demokratische Wirtschaft, die man Hitlers Neuordnung entgegenstellen könnte, weil die Demokraten sich noch nicht schlüssig geworden sind, ob sie vorwärts zur Ordnung oder rückwärts zur Freiheit Kurs nehmen sollen. Auf beides zugleich den Blick richten, aber jedes in seinem eigenen Wirkungskreis lassend, das würde die Demokraten befähigen, ihre Reihen zu schließen und mit *einer* Stimme zu reden und nicht in zwiefachem, zänkischem Kauderwelsch.»

Der Ausgleich zwischen Freiheit und Ordnung sei für die Rechte wie für die Linke gleichermaßen annehmbar. Die Rechte (außer den Fanatikern) könne unmöglich etwas dagegen haben, daß der Staat eingreife, um allen ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, vorausgesetzt, daß der freie Unternehmergeist in dem verbleibenden Sektor der Wirtschaft nicht verkrüppelt werde. (Die Linke [außer den Fanatikern] sei von dem menschlichen Wunsch getrieben, den (gesellschaftlich) Benachteiligten Hilfe zu bringen. Ist aber einmal die Charte der Bürgerrechte wirksam durchgesetzt, «so würde das Feuer des Angriffsgeists der Linken auf die Einrichtung des Privateigentums erlöschen». Damit will aber Crowther keinem seelenlosen Kompromiß das Wort reden, sein Ziel ist vielmehr, dem bisher geübten «Flickwerk» durch einen praktischen Vorschlag ein Ende zu machen, damit die Demokratie noch einmal neubeginnen und sich eine positive und stoßkräftige Überzeugung (a positive and dynamic faith) schmieden könne.

V.

Und was dann?

Es wäre eine Ungerechtigkeit, wollte man an die beiden besprochenen Artikel den Maßstab des Vollendeten anlegen. Alles, was nach diesem Krieg kommt — vorausgesetzt, daß er so ausgeht, daß der Menschheit die Freiheit der Wahl und Selbstentscheidung zurückgegeben wird —, es wird Versuch, wird Experiment sein. Darunter ist natürlich nicht blindes Umhertasten, ein wahlloses Glücksspiel zu verstehen.

Ziel und Richtung des Wegs

können und müssen bestimmt werden. Und das haben diese beiden Artikel gewissenhaft versucht. Dennoch bleibt nicht nur eine Reihe von Fragen offen — das ist eine Selbstverständlichkeit! —, auch die angedeuteten Lösungsversuche entscheidender Probleme rufen kritischen Einwänden oder zum mindesten ergänzenden, ja skeptischen Fragen. Bemerkenswert und zu unterstreichen ist vorher jedoch, daß beide Verfasser (und darin auch mit uns Sozialisten) übereinstimmen, daß eine Rückkehr zu einer unbeschränkten «freien Wirtschaft», wie sie Romantiker des Manchestertums predigen, ein Ding der Unmöglichkeit ist. Beide sind sich (und auch darin wieder mit uns) einig, daß die moderne Wirtschaft nach diesem Krieg mit einem «Tropfen demokratischen Öls gesalbt» werden und — wie das vor allem Crowther hervorhebt — in zwei Sektoren, einen «geordneten» und einen «freien», zerlegt werden muß.

Diese Scheidung nimmt, wenn auch nicht mit so ausdrücklichen Worten wie Crowther, auch Berle vor. Er will vor allem das Gebiet der *Finanzierung* den Regierungen, also dem Staat, überantworten, während die Produktion nach Konkurrenzprinzipien dem freien Unternehmer, anders: dem Privatkapitalisten, überlassen bliebe. Da erhebt sich sogleich die Ergänzungsfrage, was unter diesen Bedingungen mit den *großen privaten Finanzinstituten* geschehen soll. Gibt es eine andere logische Folgerung als die, daß sie *nationalisiert* werden müßten, wenn nicht ein heilloses Durch- und Gegeneinander zwischen staatlicher und privater Finanzierung entstehen soll? (Also gerade das, was der Vorschlag Crowther mit Recht vermeiden möchte.) Da die Kreditwürdigkeit des freien Unternehmers ja nach anderen Gesichtspunkten als dem der Profitrentabilität, da sie nach dem Gesichtspunkt der *Bedarfsdeckung* beurteilt werden soll, was grundsätzlich dem privatwirtschaftlichen Profitgedanken widerstreitet, so kann die Finanzierung doch nur von einer Stelle ausgehen, die eine Übersicht sowohl über den erforderlichen *Bedarf* wie über die zu seiner Befriedigung verfügbaren *Mittel* hat. Ob das nun die technische Finanzierungsmannschaft Berles oder eine ihr beigeordnete, mit dieser besonderen Statistik betraute Mannschaft ist — man kommt da um eine *planmäßige* und planlich sehr weitgreifende Organisierung nicht herum. Denn diese «Mannschaften» müßten ja mehr oder weniger «die Finger» in der Produktion haben, mehr noch als im Verteilungsapparat. Man könnte weiter kaum umhin, auch innerhalb des «freien Sektors» der Bewegungsfreiheit Grenzen zu ziehen. Wie weit oder

wie eng, das theoretisch hier auseinanderzusetzen, würde viel zu weit führen; aber es kann da auf den schweizerischen Plan der Arbeit und seinen Kommentar hingewiesen werden, der sich auf diesem Gebiet versucht.

Nur erwähnt sei die weitere Frage, die sich an all das anschließt und die eine der wichtigsten Entscheidungen für die kommende Wirtschaft einschließt, die Frage nach den

Grenzen der Zentralisation

und der Ausdehnung der Dezentralisation, die Frage nach der guten «Mischung» des Aufbaus von unten und der notwendigen Dirigierung von oben. Daß da der *Genossenschaftsgedanke* mit auf und *in* den Plan tritt, sei wenigstens hinzugesetzt.

Angedeutet wurde schon vorher ein einschneidendes Problem, dem, so scheint uns, weder Mr. Berle noch Mr. Crowther genug Aufmerksamkeit oder Nachdenken gewidmet haben, dem Problem der Wiederherstellung der «freien rücksichtslosen (privatkapitalistischen) Konkurrenz», die beide zum Neubau der Wirtschaft für unentbehrlich halten. Wohl wurde von Mr. Crowther die konkurrenzhemmende Wirkung der Riesen- und Monopolunternehmungen denunziert; wie aber soll ihre unheilvolle Wirkung verhindert werden? Durch Auflösung, durch «Zerschlagung», durch bremsende Besteuerung? Es ist das eine Frage, auf die, soweit wir sehen, bis jetzt alle Verteidiger der «freien Wirtschaft» die Antwort schuldig geblieben sind. Es ist bei diesem Problem neben vielem andern ja auch zu bedenken, daß die Großbetriebe der Industrie im allgemeinen produktionstechnisch leistungsfähiger sind als Kleinbetriebe, und daß es nie und nimmer die Aufgabe eines menschlich-zweckvollen Wirtschaftssystems sein kann, die produktive Fähigkeit zu lähmen oder einzuengen. Auch hier dürfte die Lösung des Problems auf dem Wege der Vergenossenschaftung (häßliches Wort für einen guten Gedanken!) zu suchen sein. Keinesfalls wird man sich damit begnügen dürfen, ein Postulat aufzustellen, ohne die Möglichkeiten seiner Verwirklichung zu erörtern. Die nach den Erfahrungen und Erlebnissen der Nachkriegszeit keineswegs unbegründete Sorge, ob hohe wirtschaftliche Leistung nicht mit dem Verlust von politischer (und damit natürlich auch wirtschaftlicher) *Freiheit* erkauft werden müsse, ob die Wirtschaft der Fülle zum unvermeidbaren Gegenstück nicht den Ameisen- und Sklavenstaat nach sich ziehe oder voraussetze, diese Sorge dürfte durch eine im Prinzip, wenn auch nicht in allem Einzelnen genossenschaftlich aufgebaute Wirtschaft viel eher zu beheben sein als durch die anderen Vorschläge. Und daß das Genossenschaftswesen den Wettbewerb, die Konkurrenz, freilich nach anderen (und ökonomischeren) Gesichtspunkten als dem Profitmotiv, nicht ausschließt, ergibt sich aus der praktischen Erfahrung wie aus der theoretischen Betrachtung.

Es ist ja über dem allerdings mit Wucht sich aufdrängenden, ungelösten *Verteilungsproblem* (auch und nicht zuletzt bei Sozialisten) das *Produktionsproblem* ganz ungebührlich in den Hintergrund gedrängt worden. Der Sozialismus aber hat — das darf nie vergessen werden! — seinen Ursprung und seine *Aufgabe* in der

Produktions- und Arbeitsfrage.

Es ist das, rein materiell gesehen, eine immer erneut sich stellende, eine «dynamische» Aufgabe — im wirklichen Sinne des entsetzlich mißbrauchten Wortes (für dessen richtige Verwendung sogar man das Bedürfnis hat, sich zu entschuldigen!). Dabei ist daran zu erinnern, daß die «Wirtschaft der Fülle» ja keineswegs das letzte Ziel des Sozialismus, daß auch sie nur eine *Vorbedingung* für den «Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit» ist. Und das «Reich der Freiheit» ist nicht denk- und vorstellbar, wenn in ihm nicht der *Arbeit der Fluch* genommen und ihr die Würde des Schaffens zurückgegeben ist. Aber davon abgesehen, ist ja die Banalität richtig (wie die meisten Banalitäten «richtig» sind!), daß ein Kuchen um so größer sein muß, je mehr Menschen ein sättigendes Stück von ihm abschneiden wollen. Die Aufgabe, das zu erreichen, führt zwanglos zum

Problem der Neuinvestierung.

Daß das Akkumulierungsproblem keineswegs nur durch Sparen im Rahmen einer privatkapitalistischen, profitsuchenden Wirtschaft zu lösen ist, hat die Erfahrung bewiesen. Es stehen da verschiedene Wege und Möglichkeiten offen. In Verbindung mit der Forderung nach größtmöglicher persönlicher Freiheit im Rahmen eines geordneten Wirtschaftssystems empfiehlt sich wiederum das Genossenschaftswesen, und als ein Beispiel für seine Leistungsfähigkeit auch auf diesem Gebiet steht die Entwicklung der englischen Genossenschaften vor unseren Augen. Was da unter grundsätzlich ungünstigen Bedingungen möglich war — Hineingestelltsein in ein privatkapitalistisches Wirtschaftssystem —, gibt begründete Hoffnung auf ungleich rascheren Fortschritt unter Bedingungen, die ganz allgemein genossenschaftlicher Wirtschaft wesensgemäßer wären.

Ein besonderer Punkt ist noch zu erörtern. Bei allen Überlegungen über die zukünftige Wirtschaft ist jeweils

die Ausgangsposition zu beachten.

Sie ist eine andere für die amerikanische beziehungsweise angelsächsische Welt als für die Schweiz oder Europa. So wird sich für unser Land die Frage der Ernährungswirtschaft, auf die Crowther vordringlich exemplifiziert hat, anders stellen als für die amerikanische oder die britische Welt. Es sind da neben Größenverhältnissen, Erzeugungsbedingungen, auch Traditionen und Gewohnheiten, zusammengefaßt: psychologische Faktoren mit zu berücksichtigen. Es spielt in diesen Fragenkomplex hinein das Verhältnis der Schweiz in und zu einem zukünftigen Europa und die Stellung dieses Europa innerhalb eines neuen Weltwirtschaftssystems, das auf neuen wirtschaftlichen und auch politischen Beziehungen und Bedingungen aufgebaut ist. Weder an Problemen noch an Streitfragen ist Mangel, und das für Generationen!

Aber ist nicht gerade das verheißungsvoll? Und zeigt es — mitten in den scheußlichsten Kriegsgreueln — nicht einen Fortschritt, daß die von

sozialistischer Seite bisher vergeblich gepredigten Gedanken der wirtschaftlichen Demokratie, der planmäßigen Ordnung der Ökonomie auch in den Kreisen Fuß gefaßt haben, die bis zum Ausbruch dieses Krieges sie strikte ablehnten? Der Gesinnungswandel ist viel tiefreichender, als er in Erörterungen rein praktischer Natur zum Ausdruck kommt. Die Ausführungen des Mr. Berle wie des Mr. Crowther sind getragen von

Ideen zu einer neuen Gesellschaftsmoral,

von der Anerkennung der Menschenrechte über die des politischen Staatsbürgertums hinaus, von der Erkenntnis, daß alle Wirtschaft und Technik nur *Mittel* zu menschlichen Zwecken sind. Und wir haben es bei diesen beiden Vertretern aus der angelsächsischen Welt nicht mit Ausnahmeerscheinungen zu tun. Bemerkt doch in einem Bericht aus Amerika an die «NZZ.» (Nr. 504) Adolf Keller:

> «Die tiefe Krise der Zeit ist nun überall aufgebrochen ... Der ‚wirtschaftliche Mensch' dominiert die Weltarbeit nicht mehr und macht einem anderen Typus Platz, für den die Wirtschaft nur Funktion ist ... Ein *neues Ethos* der Arbeit, eine Religion, die beides gibt, Autorität und Freiheit, eine neue Wirtschaftsgesinnung, eine neue politische Verantwortlichkeit, ein neues Bewußtsein von der Größe und der Kleinheit der Welt wird an diesem Ende der alten Welt sichtbar.»

Das sind große Worte, und Worte und Versprechungen pflegen in Kriegszeiten so billig zu sein wie ... Menschenleben. Mißtrauen, die demokratische Tugend, ist auch demgegenüber geboten. Nicht so sehr an der ehrlichen Meinung als an deren Dauer ist vielleicht zu zweifeln. Nicht aber zu zweifeln ist, daß solche Gedanken als Wunsch und Hoffnung aufgebrochen sind aus einer tiefen Erschütterung und Umpflügung der Welt, der materiellen und der sittlichen. Daß sie nach der Katastrophe nicht wieder träger innerer Ruhe und Selbstzufriedenheit Platz machen, das ist dann die Aufgabe derer, die die neue Welt zu schaffen und zu gewinnen haben. Doch hier greift die wirtschaftliche Betrachtung in das politische Gebiet hinüber, und das ist, wenn auch beides eng zusammengehört, doch ein Kapitel für sich.